

## Vorwort

Nie haben mehr Menschen unter demokratischer Herrschaft gelebt als heute. Auch – oder sogar gerade – Asien ist Schauplatz des Regimewandels gewesen. Nach der Demokratisierung Japans und Indiens unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stießen in den folgenden Jahrzehnten Sri Lanka, die Philippinen, Pakistan, Südkorea, Nepal, Bangladesh, Taiwan, Thailand, Kambodscha, die Mongolei, Indonesien und Ost-Timor ins demokratische Lager. Nicht in allen Fällen ist die Transition auf Dauer von Erfolg gekrönt gewesen. Autoritäre Regressionen sind ebenso feststellbar wie die Etablierung – je nach Blickwinkel – quasi-demokratischer oder semi-autoritärer Systeme, z. B. mit Blick auf Singapur und Malaysia. Dennoch: Der generelle Trend zur Demokratisierung in Asien ist unaufhaltbar. Auch wenn bei dieser Feststellung ein weitgehend westliches Verständnis von Demokratie zugrunde liegt, das sich auf freie und faire Wahlen und periodische politische Machtwechsel als Ergebnis von Wahlen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und ein Minimum an verbindlichen Menschen- und Bürgerrechten stützt, so soll nicht verkannt werden, dass jede politische Ordnung kulturgebunden ist. Jede Demokratie ist eine Institution *sui generis*. Wenn sie spezifische lokale Traditionen, Norm- und Wertvorstellungen und Praktiken nicht einbezieht, kann sich Demokratie nicht entfalten. Nirgendwo sonst ist dieser Zusammenhang in der jüngeren Vergangenheit so intensiv und auch kontrovers diskutiert worden wie im Kontext Asiens. Hier sei vor allem an die sogenannte asiatische Wertedebatte der ersten Hälfte der neunziger Jahre erinnert, in der es im Kern letztlich um die Frage ging, inwieweit Demokratie und gute Regierungsführung funktional miteinander verbunden sind. Mit anderen Worten: Existiert eine spezifisch asiatische Form politischer Herrschaft, die zwar nach westlichen Maßstäben nicht in allen Einzelaspekten als demokratisch gelten könne, im Ergebnis aber durchaus – und sogar in einer Europa und Amerika überlegenen Weise – *good governance* hervorbringe? Seit die Asienkrise der Jahre 1997/98 die These eines asiatischen Sonderweges widerlegte, hat zwar auch die Wertedebatte an Brisanz verloren, der Ansatzpunkt des Diskurses ist jedoch nach wie vor aktuell. So zeigt beispielsweise ein Vergleich der *politiques* Malaysias und der Philippinen, dass die letztere zwar nach gängiger Einschätzung einen höheren Demokratiegrad erreicht hat, die erstere aber besser in der Lage ist, den institutionellen Rahmen für politische Partizipation, die Bewahrung innergesellschaftlichen Friedens und die Vermehrung von Wohlstand bereitzustellen. Wie Peter Kreuzer in seinem Beitrag zu diesem Buch prägnant resümiert: „Wenn über die Frage erfolgreicher Demokratie nachgedacht wird, dann muss Demokratie über Input- wie Output gleichermaßen bestimmt werden. Zentrale Kriterien jedes Systemoutputs sind Frieden bzw. die Abwesenheit

physischer Gewalt, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Nur Systeme, die hierin nicht versagen, können als demokratisch gelten in dem Sinne, dass sie auch ein government for the people verwirklichen.“ Dies ist der Punkt, an dem die Rolle des Staates Eingang in die Überlegungen finden muss. Welche Aufgaben, Funktionen und Verantwortungen kommen dem Staat in den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen Asiens zu? Ebenso wie im Falle des Demokratiediskurses liegt der Schluss nahe, dass auch dem europäischen Staatsverständnis – gedacht im Sinne der Jellinekschen Trias als Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt – im asiatischen Zusammenhang deutliche kulturspezifische Grenzen gesetzt sind. Ohne einem Kulturrelativismus das Wort reden zu wollen, so zeigt doch schon ein erster flüchtiger Blick auf den asiatischen Kontinent, dass sich die Definition des Staatsvolkes (z. B. hinsichtlich Malaysias und Indonesiens) aufgrund ethnischer und religiöser Konfliktlinien äußerst schwierig gestaltet, Staatsgewalt häufig starken Einschränkungen unterliegt (z. B. im Falle der Philippinen mit Blick auf Mindanao, im Kontext Thailands hinsichtlich der Gewalt im Süden des Landes) und selbst die Frage des Staatsgebietes (erinnert sei an die China-Tibet-Taiwan-Problematik) nicht unumstritten ist.

Der vorliegende Band setzt sich zum Ziel, als erste umfassende deutschsprachige Publikation die komplexe Thematik „Staat und Demokratie in Asien“ sowohl mit Blick auf ausgewählte Länderbeispiele als auch aus vergleichender regionaler Perspektive in einem breiten Ansatz und unter Einbezug unterschiedlicher (dabei jedoch kompatibler) theoretischer und empirischer Blickwinkel zu diskutieren. Das Buch richtet sich dabei nicht nur an das in diesem Themenbereich versierte Fachpublikum, sondern auch an jene interessierte Leser, die bisher noch nicht die Gelegenheit hatten, sich entsprechende Kenntnisse anzueignen. Dem Ziel und Interesse eines überschaubaren Gesamtumfanges verpflichtet, können freilich weder *alle* Staaten des asiatischen Kontinents und noch jede potentiell interessierende Einzelthematik in die Überlegungen des Bandes einbezogen werden. Dies ist aus unserer Sicht auch gar nicht notwendig. Vielmehr geht es uns um die Auswahl exemplarischer und prägnanter Fallstudien.

Die folgenden Beiträge sind aus den „Weingartener Asiengesprächen“ des Jahres 2005 hervorgegangen und für die Publikation gründlich überarbeitet und aktualisiert und in einigen Fällen zusätzlich verfasst worden. Die Asiengespräche sind eine jährliche Veranstaltung im Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart zu aktuellen, den asiatisch-pazifischen Raum betreffenden Themen. Informationen zu zukünftigen Asiengesprächen und anderen Veranstaltungen finden sich auf der Website der Akademie unter [www.akademie-rs.de](http://www.akademie-rs.de).

Bedanken möchten wir uns bei allen Autorinnen und Autoren dieses Buches für ihre unermüdliche Bereitschaft zur Verbesserung des Gesamtmanuskripts.

Leeds, Weiler, Weingarten, im Juli 2006  
Jörn Dosch, Manfred Mols, Rainer Öhlschläger